

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch,
Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13366 –**

Fünf Jahre Karenzzeit für Mitglieder der Bundesregierung

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. verweist in ihrem Antrag darauf, dass im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise in großem Umfang Steuergelder verwendet würden, um Unternehmen vor der Insolvenz zu bewahren. An den Rettungsmaßnahmen seien Mitglieder der Bundesregierung entscheidend beteiligt. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung aufgefordert werden, dem Deutschen Bundestag ein Gesetz vorzulegen, nach dem Mitglieder der Bundesregierung fünf Jahre nach ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung keine Vorstands- oder Aufsichtsratsposten in einem Unternehmen annehmen dürften, das mit Steuergeldern vor der Insolvenz gerettet worden sei.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/13366 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Helmut Brandt
Berichterstatter

Siegmund Ehrmann
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Helmut Brandt, Siegmund Ehrmann, Dr. Max Stadler, Petra Pau und Silke Stokar von Neuforn

Der Antrag auf **Drucksache 16/13366** wurde am 18. Juni 2009 in der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages an den Innenausschuss überwiesen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 102. Sitzung am 1. Juli 2009 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ihn abzulehnen.

